

# Kärnten wählt, wir fragen nach!

Das sagen Kärntens Spitzenkandidaten zur Wahlfreiheit in der Kleinkindbetreuung (0–3 Jahre).

Die Kinderbetreuung für Kinder unter drei Jahren in einer Krippe kostet pro Kind und Monat ca. 1.500 Euro. Diese Mittel werden von der öffentlichen Hand aufgewendet. Echte Wahlfreiheit würde bedeuten, diese Gelder den Eltern direkt zur Verfügung zu stellen.

**Anlässlich der Wahlen haben wir unsere Spitzenkandidaten befragt: Werden Sie als Politiker sich dafür einsetzen, dass Eltern diese Möglichkeit gegeben wird?**

## SPÖ Landeshauptmann Peter Kaiser

Mit dem Kinderstipendium und Kinderbildungs- und Betreuungsgesetz kann jedes Kind, unabhängig von Wohlstand, eine Einrichtung oder Tageseltern besuchen und wichtige Bildungsschritte und Lernerfahrungen machen, die ansonsten verwehrt bleiben würden. Nicht, dass nicht die Eltern neben der Erziehung auch Bildungsarbeit leisten würden, aber dies ist doch von der institutionellen Bildungsarbeit deutlich zu differenzieren. Es wird ja auch Eltern, die ihre Kinder im „Häuslichen Unterricht“ unterrichten kein Pädagog/innengehalt gezahlt.

## ÖVP Landesrat Martin Gruber

Eltern sollen die Wahlfreiheit haben, wie sie ihr Kind betreuen wollen. Wir haben uns dafür eingesetzt, dass das Kinderstipendium allen Eltern gewährt wird, egal, ob das Kind in einer Kindertagesstätte oder zu Hause betreut wird. So ein Vorhaben ist unter den derzeitigen Mehrheitsverhältnissen im Land aber leider nicht umsetzbar. Wir werden uns weiter dafür stark machen.

## FPÖ NR Erwin Angerer

Die FPÖ beantragt einen Familien-Scheck. Wer sein Kind zu Hause betreuen möchte, soll dies auch können und dafür mit einem monatlichen Betrag unterstützt werden. Es soll „echte Wahlfreiheit zwischen Kindergartenbetreuung und Betreuung zu Hause“ geschaffen werden. Gleichzeitig soll für jedes Kind ab dem ersten Geburtstag ein Gratis-Kinderbetreuungsplatz mit flexiblen Öffnungszeiten bereitgestellt werden.

© Stiftung Zu-Wendung für Kinder Sabine Lück



## TEAM-Kärnten LAbg. Gerhard Köfer

Echte Wahlfreiheit muss möglich und finanzielle Gleichbehandlung in der frühkindlichen Betreuung angestrebt werden. Gleichmaßen gilt es, im institutionellen Kinderbildungs- und -betreuungs-bereich weitere Verbesserungen zu erreichen.

## NEOS Janos Juvan

Eltern sollen wählen können, wie lange sie ihre Kinder selbst betreuen wollen. Jedoch ist die Stärkung der Betreuungsangebote und der Pädagog/innen nicht minder wichtig; denn für Kinder ist der Umgang und Kontakt mit Gleichaltrigen enorm wertvoll in ihrer Entwicklung. Wir wollen mit dem Ausbau von Einrichtungen Kindergärten als erste Bildungseinrichtung etablieren.

## IHRE MEINUNG IST GEFRAGT

Sagen auch Sie Ihre Meinung und stimmen Sie mit ab auf unserer Homepage [www.familie.at/kaernten](http://www.familie.at/kaernten) Dort finden Sie auch die vollständigen Antworten der Politiker sowie die Links zur Videoaufzeichnung „Für unsere Kinder nur das Beste“ mit Birgit Kelle.

## Die GRÜNEN NR Olga Voglauer

Wir arbeiten für bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf und sind dafür, die Kosten der Kinderbetreuungseinrichtungen zu übernehmen. Damit fördern wir die ersten Bildungsstufen unserer Kleinsten und legen den Grundstein für faire Chancen und Perspektiven. Bildung ist eine gesellschaftliche Aufgabe und kann nicht ausschließlich durch elterliche Betreuung gelingen.

## VISION-ÖSTERREICH

### Nina Pokorny

Unsere Vision sind viele verschiedenen Betreuungs-Varianten, welche die Familie oder Mutter wählen kann. Dazu gehört, dass der Status der Mutter Aufwertung erfahren muss. Mütter sollen auch zu Hause bleiben können und ihre Kinder mit ihren Werten großziehen. Dafür muss es ein Versicherungs- und Vergütungssystem geben. Zusätzlich muss es mehr Steuerbegünstigungen geben.

## BFK Bündnis für Kärnten

### Karlheinz Klement

Für uns stehen die Familie und ihre Förderung im Zentrum. Es steht für uns außer Frage, dass eine Wahlfreiheit der Kinderbetreuungseinrichtung gegeben sein muss, als auch eine kostenfreie Kinderbetreuung für Kärntner Familien. Weiters stehen wir dafür, dass den Familien ein direktes Unterstützungsgeld zukommen muss!

